

Antrag

der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Linksextreme Szene stärker überwachen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr über die Entwicklung der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg vorliegen (mit Angabe, wo hierbei besondere örtliche Schwerpunkte festzustellen sind);
2. inwieweit in Baden-Württemberg eine Zunahme linksextremistisch motivierter Gewalt zu beobachten ist;
3. welche Behörden mit der Beobachtung der linksextremistischen Szene und der Verfolgung linksextremistisch motivierter Straftaten betraut sind;
4. wie der polizeiliche Staatsschutz organisiert ist;
5. wie viele Beamte des polizeilichen Staatsschutzes und des Landeskriminalamts derzeit mit der Verfolgung linksextrem motivierter Straftaten bzw. der Gefahrenabwehr aus diesem Bereich betraut sind;
6. inwieweit sie hier eine Schaffung zusätzlicher Stellen beabsichtigt;
7. inwieweit nach ihrer Ansicht die Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 zusätzliche Handlungsanreize für Linksextremisten bieten;
8. welche Erkenntnisse ihr über die politische Motivation hinter den Anschlägen auf Anlagen der Deutschen Bahn AG in Berlin im Oktober 2011 vorliegen und inwieweit nach ihrer Ansicht ähnliche Anschläge auch in Baden-Württemberg möglich erscheinen;

9. inwieweit nach ihrer Ansicht bei Fortschreitung der Bauarbeiten am Bahnprojekt Stuttgart 21 Anschläge linksextremer Gruppierungen zu befürchten sind;

10. wie sie plant, Anschlägen in Baden-Württemberg vorzubeugen.

20.10.2011

Blenke, Epple, Hillebrand, Hitzler, Klein, Pröfrock, Schneider, Throm CDU

Begründung

Vor dem Hintergrund, dass das Landesamt für Verfassungsschutz erst am 13. Oktober 2011 gegenüber der Presse mitgeteilt hat, dass vor allem in Südbaden eine gestiegene Gewaltbereitschaft des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums festzustellen ist und dass vor dem Hintergrund von Brandstiftungen und der Serie von Brandbombenfunden in Berlin und vor dem Hintergrund der Feststellung des Landesamts, dass von einer Fortsetzung dieses Trends auszugehen ist, muss die Landesregierung den Einsatz von Polizei und Verfassungsschutz vor allem in linksextremistischen Kreisen verstärken.

Die Landesregierung sollte bereit sein, auch für den Schutz der Bevölkerung vor linksextremer Gewalt Geld in die Hand zu nehmen.

Da sich nicht nur in Berlin die Bedrohung durch linksextremistische Gruppierungen bereits konkretisiert hat, ist es dringend geboten, dass auch die Landesregierung in Baden-Württemberg hierauf mit konkreten Maßnahmen reagiert. Die Landesregierung darf nicht erst abwarten, bis auch in Baden-Württemberg Bomben explodieren.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. November 2011 Nr. 4-1082.1/0/33 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welche Erkenntnisse ihr über die Entwicklung der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg vorliegen (mit Angabe, wo hierbei besondere örtliche Schwerpunkte festzustellen sind);

Zu 1.:

In Baden-Württemberg ist nach einem Höchststand linksextremistischer Straf- und Gewalttaten im Jahr 2009 und einem Rückgang in 2010 im laufenden Jahr wieder eine im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Gewaltbereitschaft des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums insbesondere im südbadischen Raum festzustellen. Vor allem Fahrzeuge von Sicherheitsbehörden wurden vermehrt in Brand gesetzt. Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2011 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 143 Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen festgestellt, davon lag in elf Fällen eine politische Motivation zugrunde. In sechs Fällen waren die Taten politisch links motiviert. Davon entfallen fünf Fälle auf das

Stadtgebiet Freiburg. Von einer Fortsetzung dieses Trends – auch in der Auseinandersetzung mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten – ist auszugehen. Neben dem südbadischen Raum liegen weitere Schwerpunkte in Stuttgart, Karlsruhe und im Rhein-Neckar-Raum.

Die Aktionen des gewaltorientierten Spektrums richten sich bislang fast ausschließlich gegen Sachen. Die Verletzung von Personen in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und mit den bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten wird inzwischen aber zumindest billigend in Kauf genommen. Der Einsatz von Gewalt, insbesondere die Art und Weise des diesbezüglichen Vorgehens, wird in der linksextremistischen Szene allerdings kontrovers diskutiert.

2. inwieweit in Baden-Württemberg eine Zunahme linksextremistisch motivierter Gewalt zu beobachten ist;

Zu 2.:

In Baden-Württemberg wurden von 2003 bis 2010 insgesamt 534 Gewaltstraftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)-links erfasst:

Jahr	2003	2004	2005	2006
Gewaltdelikte	60	59	54	100
Aufklärungsquote Gewaltdelikte in %	81,67	62,71	66,67	80,00

Jahr	2007	2008	2009	2010
Gewaltdelikte	52	31	96	82
Aufklärungsquote Gewaltdelikte in %	74,07	58,06	69,79	52,44

Die Zunahme der Gewaltstraftaten in den Jahren 2006 und 2009 erklärt sich durch Zusammenstöße zwischen rechten und linken Szeneangehörigen bei Demonstrationen im Jahr 2006 und im Jahr 2009 durch Gewaltdelikte im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel 2009 sowie Ausschreitungen bei Demonstrationen in Ulm und Freiburg.

Die Entwicklung der Gewalttaten im Bereich PMK-links im Zeitraum vom 1. Januar bis 15. Oktober 2011 weist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2010 eine Zunahme um 13 auf 67 Gewaltstraftaten auf (+24,1 %). In diesem Zeitraum standen von den 67 Gewaltdelikten 42 im Zusammenhang mit verschiedenen Demonstrationen. Davon sind 13 Fälle dem Demonstrationsgeschehen „1. Mai, Heilbronn“ und sieben Fälle in Karlsruhe dem CASTOR-Transport am 16. Februar 2011 zuzurechnen.

Die Betrachtung der Gewalttaten im Hinblick auf die einzelnen Straftatbestände zeigt, dass die Zunahme der Gewaltdelikte im vorgenannten Zeitraum insbesondere auf einen Anstieg im Bereich der Brand- und Sprengstoffdelikte um einen Fall auf sechs Fälle, bei den gefährlichen Eingriffen in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr um vier auf fünf Fälle, aber auch der Widerstandsdelikte um vier auf elf Fälle zurückzuführen ist.

3. welche Behörden mit der Beobachtung der linksextremistischen Szene und der Verfolgung linksextremistisch motivierter Straftaten betraut sind;

Zu 3.:

In Baden-Württemberg sind die Staatsanwaltschaften, die Dienststellen der Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz mit der Beobachtung der linksextremistischen Szene und der Verfolgung linksextremistisch motivierter Straftaten betraut.

4. wie der polizeiliche Staatsschutz organisiert ist;

Zu 4.:

Nach § 10 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Polizeigesetzes (DVO PolG) obliegt dem Landeskriminalamt (LKA) die landesweite Fachaufsicht bei der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung. In seiner Zentralstellenfunktion koordiniert es die Zusammenarbeit aller Polizeidienststellen des Landes bei der Bekämpfung der PMK. Die Zuständigkeit des LKA für die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafverfolgung ergibt sich aus § 12 Abs. 1 und Abs. 2 DVO PolG.

Innerhalb des LKA ist die Abteilung 5 für Staatsschutzaufgaben zuständig. Hierunter fallen die Bereiche Rechts-/Linksextremismus, Landesverrat, Spionage, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen, Politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus.

Bei den anderen Polizeidienststellen, also sowohl auf der Ebene der Regierungspräsidien – Landespolizeidirektionen –, als auch bei den Polizeidirektionen und -präsidien, erfolgt die Bekämpfung der PMK in Organisationseinheiten der Kriminalpolizei.

5. wie viele Beamte des polizeilichen Staatsschutzes und des Landeskriminalamts derzeit mit der Verfolgung linksextrem motivierter Straftaten bzw. der Gefahrenabwehr in diesem Bereich betraut sind;

Zu 5.:

Insgesamt sind in Baden-Württemberg derzeit 298 Polizeibeschäftigte mit der Bekämpfung und Verfolgung von PMK befasst, davon 124 beim LKA (Stand: 11. November 2011). Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufig phänomenbereichsübergreifend tätig sind, ist eine genaue Bezifferung der im Bereich PMK-links tätigen Beamten nicht möglich.

6. inwieweit sie hier eine Schaffung zusätzlicher Stellen beabsichtigt;

Zu 6.:

Die Schaffung zusätzlicher Stellen im Phänomenbereich PMK-links ist derzeit nicht vorgesehen. Grundsätzlich erfolgt der Einsatz von Beamtinnen und Beamten im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes lageorientiert und flexibel.

7. inwieweit nach ihrer Ansicht die Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 zusätzliche Handlungsanreize für Linksextremisten bieten;

Zu 7.:

Linksextremisten versuchen zwar, sich innerhalb der bürgerlichen Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“ Geltung zu verschaffen, ihr Einfluss bleibt jedoch marginal.

Für das gewaltbereite linksextremistische Spektrum Stuttgarts ist das Thema „Stuttgart 21“ mangels ideologischer Anknüpfungspunkte beim Protestpotenzial unverändert kein Thema.

Einzelpersonen aus der linksextremistischen Szene sind im Zusammenhang mit „Stuttgart 21“ als Straftäter wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und Nötigung in Erscheinung getreten.

8. *welche Erkenntnisse ihr über die politische Motivation hinter den Anschlägen auf Anlagen der Deutsche Bahn AG in Berlin im Oktober 2011 vorliegen und inwieweit nach ihrer Ansicht ähnliche Anschläge auch in Baden-Württemberg möglich erscheinen;*

Zu 8.:

Im Zusammenhang mit den Anschlägen auf Bahnanlagen in Berlin und Brandenburg hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der verfassungsfeindlichen Sabotage und anderer Delikte nach § 88 Abs. 1 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs u. a. eingeleitet. Das Bundeskriminalamt wurde beauftragt, die erforderlichen Ermittlungen durchzuführen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht von linksextremistischen Einzeltätern aus.

Am 10. Oktober 2011 veröffentlichte die Gruppierung „Das Hekla-Empfangskomitee – Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen“ im Internet ein umfassendes Selbstbeichtigungsschreiben. Die Taten werden unter anderem mit dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan begründet. Ziel der Anschläge sei gewesen, die Hauptstadt Berlin in einen „Pausenmodus“ zu zwingen.

Mit Straftaten zum Nachteil von Wirtschaftsunternehmen, die nach Ansicht der linken Szene von den Einsätzen der Bundeswehr profitieren, ist weiterhin bundesweit zu rechnen. Einrichtungen der Deutsche Bahn AG und deren Tochterunternehmen sind aus Sicht der linksextremistischen Szene geeignete Anschlagziele. Derzeit liegen keine Erkenntnisse vor, wonach Baden-Württemberg von vergleichbaren Aktionen betroffen sein könnte.

9. *inwieweit nach ihrer Ansicht bei Fortschreitung der Bauarbeiten am Bahnprojekt Stuttgart 21 Anschläge linksextremer Gruppierungen zu befürchten sind;*

Zu 9.:

Konkrete Hinweise auf Anschläge linksextremistischer Gruppierungen im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt „Stuttgart 21“ liegen derzeit nicht vor. Sachbeschädigungen, auch in Form von Brandanschlägen, können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

10. *wie sie plant, Anschlägen in Baden-Württemberg vorzubeugen.*

Zu 10.:

Die Sicherheitsbehörden werden auch zukünftig Aufklärungsmaßnahmen durchführen, um entsprechende Planungen und Vorhaben frühzeitig erkennen und die Ausübung von Straftaten verhindern zu können.

Gall

Innenminister